

GROSSER RAT

GR.15.74-1

VORSTOSS

Motion der FDP-Fraktion (Sprecher Dr. Bernhard Scholl, Möhlin) vom 5. Mai 2015 betreffend Bericht des Regierungsrats zur Entbürokratisierung der Verwaltung

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Grossen Rat zusammen mit dem AFP 2016–2019 ein umfassendes Entbürokratisierungspaket vorzulegen. Gleichzeitig sollen die Personalressourcen in allen Verwaltungseinheiten des Kantons, d. h. bei der Staatskanzlei, der Justiz, bei der allgemeinen Verwaltung und in allen Departementen proportional reduziert werden, um wirksam den Bürokratisierungstendenzen einzelner Verwaltungseinheiten entgegen zu wirken.

Begründung:

Die Gemeindeschreiber beschwerten sich schon im Frühling 2012 beim Regierungsrat, dass die Flut von komplizierten Formularen, Vorschriften, Umfragen und Weisungen stetig ansteige. Statistiken werden erhoben "bis zum geht nicht mehr". Betroffen sind vor allem die Gemeindeverwaltungen, kantonale Beamte behandeln die Gemeinden wie Aussenstellen der Verwaltung.

Einige, aber nicht alle Vorschriften basieren auf Vorgaben des Bundes. In diesem Falle ist zu überprüfen, ob die Vorgaben nicht zusätzlich unnötig verschärft wurden. Andere Vorschriften und bürokratische Abläufe sind aber hausgemacht und sollten verbessert werden.

Die Verwaltung im Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) verfügt über überdimensionierte Stäbe in der Schulentwicklung, bei der Lehrerberatung, zur Schulorganisation. Je stärker man die Schulleitungen professionalisiert, desto stärker werden sie bevormundet und von Aarau aus mit Arbeit eingedeckt. Beispiele: Alle Stundenpläne müssen in Aarau überprüft und genehmigt werden; jedes Jahr kommen Beamte aus Aarau in die Lehrerfortbildung und erzählen den Praktikern die gleiche theoretische Leier von Integration und anderen "Erkenntnissen" aus der Bildungsforschung; bis zu 8 Leute müssen zusammensitzen, um eine einzelne Zusatzlektion im Bereich Logopädie oder sonst wo zu bewilligen.

Unter Vorwand Daten- und Qualitätskontrollstellen sündigt auch das Departement Gesundheit und Soziales (DGS). Beispiele sind: Obwohl Heime Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte haben, werden detaillierteste Vorgaben zu Stellenplänen gemacht. Wie viele Pflegerinnen braucht ein Alters- oder Pflegeheim? Das regelt nicht die professionelle Heimleitung sondern ein Beamter in Aarau. Es wird tageweise damit verbracht, Daten zu sammeln und nach Aarau zu übermitteln, angeblich zu statistischen und qualitätssichernden Zwecken. Doppelspurigkeiten sind zu vermeiden.

Die Querschnittsaufgaben sind schlecht koordiniert: So gibt es gut dotierte Rechtsdienste in allen Departementen; arbeiten sie zusammen? Braucht es alle die vielen Juristen? Was brächte der Beizug von Externen Juristen?

Aufgrund dieser Feststellung und offenen Fragen ist der Regierungsrat eingeladen, dem Grossen Rat Strategien und konkrete Lösungsvorschläge zur Entbürokratisierung der kantonalen Verwaltung darzulegen.